

## Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland

Das Aufstiegsversprechen war die zentrale Säule für den Erfolg und die hohe Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Dieses Aufstiegsversprechen galt für alle, ob Unternehmer, Freiberufler, Angestellte oder Arbeiter. Auch die SPD stand als Arbeiterpartei einst für dieses Aufstiegsversprechen und trug so dazu bei, dass sich breite Bevölkerungsschichten mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland identifizierten. Das Ergebnis waren über Jahrzehnte hinweg Wahlergebnisse von insgesamt über 95 Prozent für die etablierten Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und später auch die Grünen, die für die Ordnung der Bundesrepublik standen. Doch gerade die SPD hat in den vergangenen Jahren in erschreckendem Maße die Unterstützung der Arbeiter und Angestellten verloren. Sie ist zu einer Partei für die Belange der Transferempfänger mutiert und hat bei ihrer Politik vor allem die Befriedung der eigenen Funktionäre im Kopf, statt eine arbeitnehmerfreundliche Politik voranzutreiben. In der Folge sind gerade in einstigen SPD-Hochburgen radikale Parteien erstarkt – Gelsenkirchen erstrahlte bei der vergangenen Bundestagswahl statt in Schalker Königsblau in AfD-blau.

Vor einer verstärkten Abwanderung von Arbeitnehmern ist aber auch die Union keineswegs gefeit, wenn sie weiterhin in so starkem Maße wie bislang die Vorstellungen der SPD mitträgt. Abwenden ließe sich dies mit einer Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland, die gerade auch die Arbeiter wieder mit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und den sie repräsentierenden Parteien versöhnt. Entscheidend hierfür ist eine Wiederbelebung des Aufstiegsversprechens. Über lange Jahrzehnte hinweg war es üblich, dass sich ein Facharbeiter, Maurer, Dachdecker oder Fliesenleger im mittleren Alter sein Eigenheim leisten konnte. Die Aufstiegsmöglichkeiten für die fleißige Mitte der Gesellschaft werden heute ausgehöhlt und in Zweifel gezogen, sei es durch eine überbordende Steuern- und Abgabenlast, galoppierende Energiekosten oder zahlreiche bürokratische Hürden, gerade auch beim Erwerb einer eigenen Immobilie.

Wir wollen der Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft zur Renaissance verhelfen: „Wenn Du fleißig bist und Dich anstrengst, kannst Du mit Deiner Familie einen kleinen Wohlstand schaffen.“ Umso nachdrücklicher empfiehlt der Wirtschaftsrat die vorliegende Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland.

### 1. Steuern- und Abgabenlast lindern!

Die sich weit öffnende Steuern- und Abgabenschere belässt den Erwerbstätigen zu wenig von den Früchten ihrer Arbeit. So liegt die Steuern- und Abgabenlast auf Rekordniveau unter den Industrieländern. Einem unverheirateten kinderlosen Steuerpflichtigen mit Durchschnittsverdienst wurden im Jahr 2024 laut OECD 47,9 Prozent seines Gehalts für Steuern und Abgaben genommen. Im OECD-Durchschnitt waren dies lediglich 34,9 Prozent. Auch in anderen Familien- und Erwerbskonstellationen schröpft der deutsche Staat seine Bürger weit überdurchschnittlich. Umso wichtiger sind konsequente Entlastungsmaßnahmen.

**Zur Linderung der Steuerlast** fordert der Wirtschaftsrat:

- **Spürbare Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer:** Inflationsbereinigt verharrt dieser seit 25 Jahren auf der Stelle.
- **Erhöhung der Einkommensschwelle für den Spitzensteuersatz:** Die jetzigen knapp 70.000 Euro, ab denen bereits Facharbeiter den Spitzensteuersatz zahlen müssen, sind ein schlechter Witz.

Durch eine Kombination von höherem Grundfreibetrag und später einsetzendem Spitzensteuersatz würden sich auch für sämtliche Einkommen dazwischen die Grenzsteuersätze verringern.

- **Dauerhafte Verankerung eines automatischen Inflationsausgleichs im Einkommensteuertarif**
- **Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle Steuerpflichtigen**
- **Etablierung eines arbeitsplatzfreundlichen Unternehmens- und Erbschaftsteuerrechts:** Die Unternehmenssteuersätze sollten auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent für Kapitalgesellschaften abgesenkt werden. Bei der Erbschaftsteuer muss es weiterhin honoriert werden, wenn vererbte Unternehmen Arbeitsplätze erhalten.

Ein besonderes deutsches Problem sind die explodierenden Sozialabgaben, die den Arbeitnehmern immer weniger Netto von ihrem Brutto belassen: Lagen die Sozialversicherungsbeiträge bis 1960 unter 25 Prozent, bis 1974 unter 30 Prozent und bis 1985 unter 35 Prozent, so haben diese 2023 die 40-Prozent-Schallmauer durchbrochen und werden bis zum Ende der Legislatur auf 45 Prozent zulaufen. Wenn von nun an die Babyboomer in den Ruhestand treten, werden die Lohnzusatzkosten bei heutiger Gesetzeslage massiv ansteigen, bis 2040 auf dramatische 50 Prozent. Umso wichtiger ist Sparsamkeit bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme, gerade auch mit Blick auf die fleißigen beitragszahlenden Arbeiter und Angestellten in Deutschland. Hierzu fordert der Wirtschaftsrat:

- **Arbeitslosenversicherung:** Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle; Streichung von Arbeitsmarktprogrammen, die viel kosten, aber letztlich größtenteils nur offene in verdeckte Arbeitslosigkeit umwandeln; Eindämmung der ausufernden Arbeitsverwaltung mit über 100.000 Beschäftigten allein bei der Bundesagentur für Arbeit.
- **Rentenversicherung:** Rücknahme der Privilegierung einzelner Gruppen durch die verschiedenen Rentenpakete der großen Koalitionen, insbesondere Streichung von Mütterrente, „Rente mit 63“ und Grundrente; Verringerung der Frühverrentungsanreize durch versicherungsmathematisch korrekte, höhere Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug; mittelfristig Erhöhung des Renteneintrittsalters auch über den 67. Geburtstag hinaus durch Koppelung an die Lebenserwartung.
- **Pflegeversicherung:** Rückkehr zum Teilkaskoprinzip – private Zusatzversicherungen müssen bei der Absicherung des Pflegerisikos künftig eine größere Rolle spielen.
- **Krankenversicherung:** Überprüfung des Leistungskatalogs: Verschiedene Leistungen, etwa Zahnarztbehandlungen, lassen sich generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen.
- **Unfallversicherung:** Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog.

## 2. Energiekosten senken!

Die Energiepreise in Deutschland sind seit langem zu hoch. Eine Energiepolitik, die Systemeffizienz ignoriert, Kosten explodieren lässt, günstige Kernkraftwerke abschaltet und milliardenschwere Abschreibungen produziert sowie bei klimarelevanten Themen Maximalforderungen erhebt und europäische Vorgaben regelmäßig mit nationalem Goldrand umsetzt, überfordert die deutsche Volkswirtschaft. Unter den hohen Energiepreisen leiden vor allem Arbeitnehmer – und das gleich doppelt: Durchschnitts- und Geringverdiener müssen einen deutlich größeren Anteil ihres Einkommens für Strom, Wärme und Treibstoff aufwenden. Zugleich belasten hohe Energiepreise die Industrie massiv und beschleunigen die Abwanderung gut bezahlter Industriearbeitsplätze in Länder mit deutlich geringeren Energiekosten. In Deutschland gehen derzeit monatlich rund 10.000 Industriearbeitsplätze verloren – vermutlich dauerhaft.

Die Interessen der Arbeitnehmer werden vom linken Parteienspektrum nicht mehr wahrgenommen. Ein eklatantes Beispiel ist das Heizungsgesetz: Es wurde zu einem der Sargnagel der Ampelkoalition. Scharfes Ordnungsrecht verunsicherte Millionen Arbeitnehmer, die sich mit harter Arbeit trotz aller Hürden Wohneigentum aufgebaut haben. Viele fürchteten, sich eine verpflichtende Wärmepumpe und die oft notwendige Haussanierung nicht leisten zu können – und damit faktisch enteignet zu werden.

Dringend notwendig ist eine Neujustierung der Energiewende, die dafür sorgt, dass Politik wieder für die Arbeitnehmer gemacht wird, indem Energiepreise und somit Wohnen und Verkehr auch für Durchschnitts- und Geringverdiener bezahlbar bleiben. Der Wirtschaftsrat fordert daher:

- **Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau für alle:** Diese Maßnahme entlastet Haushalte unmittelbar und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Strom als Basisgut muss für Arbeitnehmer wieder bezahlbar werden.
- **Fokussierung auf das Europäische Emissionshandelssystem und perspektivisch einen globalen CO<sub>2</sub>-Preis für sämtliche Sektoren:** Statt kleinteiliger nationaler Regulierung sollte der Klimaschutz konsequent über den Europäischen Emissionshandel erfolgen. Ein einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis setzt technologieoffene Anreize, vermeidet Doppelregulierungen und schützt Arbeitnehmer und Industrie vor unnötigen Mehrkosten. Perspektivisch ist ein global koordinierter CO<sub>2</sub>-Preis anzustreben, um die Abwanderung der Industrie zu verhindern, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und Kaufkraft heimischer Arbeitnehmer zu erhalten.
- **Technologieoffene und marktwirtschaftliche Ausweitung des Stromangebots:** Zur Senkung der Strompreise muss das Stromangebot rasch ausgeweitet werden. Dafür sind alle klimaverträglichen Technologien ergebnisoffen zu nutzen – von erneuerbaren Energien über moderne Kernkraft bis hin zu konventionellen Kraftwerken mit Carbon Capture. Marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen müssen Investitionen ermöglichen, statt sie durch ideologische Vorgaben zu verhindern.
- **Synchronisierung von Erzeugungs-, Netz- und Ausbaurhythmen:** Der Ausbau erneuerbarer Energien, der Netze, von Speichern und gesicherter Leistung muss zeitlich und strukturell aufeinander abgestimmt werden. Ein ungeordneter Ausbau treibt Netzentgelte und Systemkosten in die Höhe und belastet damit insbesondere Haushalte und Arbeitnehmer.
- **Weg von Zentralsteuerung, hin zu Markt und Wettbewerb:** Planwirtschaftliche Vorgaben in Energie-, Wärme- und Verkehrspolitik treiben Kosten und überfordern Haushalte und Arbeitnehmer. Ob Strommix, Energieträger oder Flottengrenzwerte – technologische Entscheidungen dürfen nicht politisch vorgegeben werden. Marktwirtschaftliche Instrumente setzen die richtigen Anreize, sichern Bezahlbarkeit und erhalten industrielle Arbeitsplätze.

### 3. Bildung von Wohneigentum ermöglichen

Der Traum vom Eigenheim ist für viele Menschen in Deutschland in weite Ferne gerückt. Damit ist und bleibt Deutschland ein Land der Mieter. Der Wirtschaftsrat hält das auch sozialpolitisch für grundfalsch. Denn Wohnen in den eigenen vier Wänden ist Ausdruck von Unabhängigkeit, Planbarkeit und Sicherheit – und Wohneigentum stellt eine stabile Säule der privaten Altersvorsorge dar. Die politischen Akteure – an allen voran aus dem Finanz-, Bau- und Umweltressort – sind aufgerufen, hier den Hebel umzulegen. Dies beginnt bei einer eigentumsfördernden statt eigentumsfeindlichen Steuerpolitik, geht über eine Reduktion kostentreibender Bauauflagen und endet mit der Beseitigung unnötiger Energieeffizienzstandards und Technologievorschriften, etwa beim Heizen. Das Wohneigentumskonzept des Wirtschaftsrates sieht vor:

- **Grunderwerbsteuer streichen:** Auf den erstmaligen Erwerb der eigenen, selbstgenutzten Immobilie sollte Grunderwerbsteuer ersatzlos gestrichen werden. Um etwaigen Missbrauch zu verhindern, könnte der Gesetzgeber die Befreiung der Grunderwerbsteuer an die Begründung eines Wohnsitzes i.S.d. § 8 AO knüpfen und die Befreiung bei einem weiteren Wohnsitzwechsel in Verbindung mit dem Erwerb von Wohneigentum innerhalb der Spekulationsfrist von 10 Jahren untersagen.
- **Tilgungsfinanzierung flankieren:** Eine höhere Tilgung führt zu insgesamt niedrigerem Zinsdienst und einer schnelleren Abzahlung der Immobilie. Um die Finanzierung der Tilgungsraten zu sichern, sollte die Grundsteuer für Eigennutzer reduziert werden, ein Pauschalrahmen für die steuerliche Absetzbarkeit von Darlehenszinsen geschaffen werden, und alle Nebenkosten sollten vollständig von der Einkommensteuer abzugsfähig sein.
- **Eigenkapitalbasis erweitern:** Der Gesetzgeber muss bereit sein, für eine steuerschonende Flexibilisierung von Anlageformen zu sorgen, zum Beispiel durch Zulassung von Mezzanin-Kapital mit nachrangiger Grundbuchbesicherung als Eigenkapitalersatz oder auch durch steuerfreie Umwandlung von Sparverträgen, Lebensversicherungen, Wertpapieren, mithin eine Reform des Bausparens.
- **Immobilienangebot ausweiten:** Einen Beitrag zur Entspannung der Angebotsseite würde eine Baulandmobilisierung leisten – durch ein Ausweisungsgebot für Kommunen, Zulassung von Nachverdichtung, Umnutzung ehemals industrieller Flächen oder großflächiges Bauen auf der grünen Wiese.
- **Baubürokratie reduzieren:** Serielles Bauen ist eine schnelle, preisgünstige Antwort, um qualitätswahrend Skaleneffekte beim Bauen und Sanieren zu heben. Zulassungsverfahren sind bundeseinheitlich zu verkürzen, idealerweise im Kontext einer Überführung der 16 teilweise divergierenden Landesbauordnungen in eine bundeseinheitliche Musterbauordnung. Auch Standards und Normen sind kostenrelevant. Hier bedarf es dringend einer Verschlankung und Kostenfolgenabschätzung, etwa über die zügige Zulassung des viel diskutierten Gebäudetyps E. Für den Bauherren bedeutet zudem ein durchgängig digitales Baugenehmigungsverfahren eine enorme Zeit- und Kostenersparnis, für die bearbeitende Behörde perspektivisch eine höhere Effizienz im Personaleinsatz. Ein Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung wäre aber auch die Einführung einer Genehmigungsfiktion (Frist: drei Monate).
- **Kostentreibende Klimastandards zurücknehmen:** In Zeiten explodierender Baukosten sollte die Verschärfung baulicher Klimaauflagen strikt unterbleiben und eine Anpassung erfolgen, die sich am Primat des Wirtschaftlichkeitsgebotes und v. a. der Technologieoffenheit orientiert. Kein Neubaustandard sollte schärfer sein als EH55. Vor allem ist das teure und ineffiziente „Heizungsgesetz“ – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – durch ein technologieoffenes schlankes Wärmewendegesetz zu ersetzen. Es ist richtig, von fossilen Energieträgern wegzukommen, aber nicht durch starre Vorgaben wie die 65-Prozent-Erneuerbaren-Quote. Sie führt in der Praxis dazu, dass faktisch nur noch eine – noch zumal sehr hochpreisige – Technologie infrage kommt.

#### 4. Bürokratiedickicht durchforsten!

Die wuchernde Bürokratie ist längst zu einem handfesten Wachstumshemmnis für unseren Wirtschaftsstandort und Mühlstein am Hals der Bürger geworden. In den vergangenen Jahren ist der Erfüllungsaufwand massiv gestiegen und liegt laut Normenkontrollrat inzwischen bei unglaublichen 13,2 Milliarden Euro, davon allein 3,6 Milliarden Euro bei den Bürgern. Diese enorme Summe ist kein Kollateralschaden sinnvoller Regulierung mehr, sondern Ausdruck einer strukturellen Überforderung von Wirtschaft und Beschäftigten. Bürokratie bindet Zeit, Energie und Produktivität. Und sie trifft besonders diejenigen, die eigentlich arbeiten, investieren und innovieren sollen.

Ein nüchterner Blick auf die Zahlen macht deutlich, dass ein konsequenter Bürokratierückbau das einfachste und zugleich wirksamste Konjunkturpaket für den Wirtschaftsstandort wie auch Entlastung für die Bürger wäre. Insbesondere unter der SPD-geführten Ampelregierung ist der Erfüllungsaufwand für Arbeitnehmer in kürzester Zeit auf ein neues Rekordniveau gestiegen. Gesetze wie das Gebäudeenergiegesetz sowie zahlreiche kleinteilige Regulierungen haben den bürokratischen Aufwand für Bürger deutlich erhöht. Gut gemeinte Ziele wurden dabei zu schlecht gemachten Prozessen, die den Alltag unnötig verkomplizieren. Umso nachdrücklicher fordert der Wirtschaftsrat:

- **Anreize durch weniger Bürokratie:** Besonders Erwerbstätige müssen entlastet werden, um Arbeit, Flexibilität und berufliche Teilhabe wieder attraktiv zu machen und die richtigen Anreize zu setzen. Reguliert werden sollte nur dort, wo es wirklich notwendig ist. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft geht es darum, Chancen zu eröffnen statt Menschen in zersplitterten Zuständigkeiten, Mehrfachnachweisen und schlecht abgestimmten Prozessen festzuhalten.
- **Abbau von Berichts- und Nachweispflichten:** Flexibilität und ein spürbarer Abbau von Berichts- und Nachweispflichten müssen ins Zentrum der politischen Agenda rücken. Genau hier das Digitalministerium messbare Fortschritte. Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck, sondern eine Grundvoraussetzung für moderne Arbeitsformen, für Innovation und für einen Staat, der seine eigenen Verfahren effizient organisiert, statt sie auf Arbeitnehmer und Betriebe abzuwälzen.
- **Ausweitung des Bürokratierückbaus:** Die bisherigen Maßnahmen zum Bürokratierückbau der Bundesregierung sind ein Schritt in die richtige Richtung, kommen bei den Arbeitnehmern jedoch noch zu wenig an. Es braucht weitergehende Entlastungen, insbesondere bei alltäglichen Nachweispflichten wie der Pendlerpauschale oder bei Dienstreiseabrechnungen. Entscheidend ist zudem eine konsequente Registermodernisierung, die sicherstellt, dass Daten nur einmal erhoben werden müssen. Diese Ziele sind in den Modernisierungsagenden Bund und Föderal formuliert. Jetzt zählt jedoch die Umsetzung. Zeit für Grundsatzdebatten gibt es nicht mehr.

### Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!

Aufstieg und Wohlstand für alle ermöglichen, gerade auch für die Arbeitnehmer – dieser Kompass der Sozialen Marktwirtschaft schaffte eine hohe Identifikation gerade auch der Arbeiter und Angestellten mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Gleichzeitig band das millionenfach erfüllte Aufstiegsversprechen die übergroße Mehrheit der Bundesbürger an die systemtragenden Parteien der Mitte.

Ein System, das auf staatlichen Interventionen und Preiseingriffen, wie Mietpreisbremsen und nicht von der Produktivität gedeckten Mindestlöhnen, fußt, richtet sich dagegen genau gegen diejenigen, denen es helfen soll. Laut ifo-Umfrage wollen 22 Prozent der betroffenen Unternehmen wegen der Mindestloohnerhöhung Stellen streichen. Zudem rechnen 28 Prozent mit weniger Investitionen. Und die Debatte um die Erbschaftssteuer zeigt, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Sobald die Ertragssteuern nicht mehr reichen, wird an die Substanz gegangen.

Von Beginn an ist in der Bundesrepublik Deutschland die Legitimität der politischen Ordnung eng mit der wirtschaftlichen Prosperität verknüpft gewesen. Viel zu lange waren unterschiedlichen politischen Konstellationen kurzfristige Wohltaten oder wirkungslose Symbolpolitik wichtiger als der langfristige Wohlstand des Landes. Doch „Respekt“ muss gerade auch den hart arbeitenden Menschen in unserem Land entgegengebracht werden.

Der langjährige SPD-Abgeordnete Michael Roth hat den Sozialdemokraten diagnostiziert: „Die Angst, missverstanden zu werden, ist größer, als der Mut verstanden zu werden.“ Doch auch die SPD muss erkennen, nicht Besitzstandwahren und eine Politik, die weiter Ansprüche ausweitet, verheißen eine gute Zukunft, sondern Umdenken und Veränderungsbereitschaft. Ein funktionierendes Land und eine leistungsfähige Wirtschaft sind die beste Sozialpolitik. Aufstiegsversprechen, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit – das sind alles Themen, die jetzt gebraucht werden, die sozial und wirtschaftsliberal zugleich sind. Wir brauchen eine Agenda für die hart arbeitenden Frauen und Männer in unserem Land!

Berlin, im Januar 2026